

**Antrag**

öffentlich

Datum

26.08.2009

Nummer

A0159/09

Absender

**DIE LINKE. Fraktion**

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates  
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

10.09.2009

Kurztitel

Vergabe von Kita-Plätzen in der Landeshauptstadt Magdeburg

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird angesichts der angespannten Lage bei der Vergabe mit Kita-Plätzen in der Stadt Magdeburg gebeten zu prüfen, inwiefern künftig die Platzvergabe beim Jugendamt konzentriert werden kann.

Der Antrag ist in den Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss für Familie und Gleichstellung zu überweisen.

**Begründung:**

Immer wieder häufen sich Klagen über die Vergabepaxis von Kita-Plätzen in der Stadt Magdeburg. Trotz vorgeblich ausreichender Planungen müssen Eltern sich auf lange Wartelisten einstellen. Ein Grund dafür scheinen auch Mehrfachanmeldungen zu sein, die die Kapazitätsgrenze der durchweg in freier Trägerschaft befindlichen Kindertagesstätten übersteigen. Um Eltern die Odyssee nach einem Betreuungsplatz und ein aufwändiges Antragsverfahren zu ersparen, schlagen wir vor, die Vergabe von Kita-Plätzen unter Einbeziehung der freien Träger in der Hand des Jugendamtes zu konzentrieren. Eltern sollen künftig ihre Anmeldungen direkt beim Jugendamt abgeben können, nachdem sie sich über die konkreten Betreuungsangebote in den Einrichtungen informieren konnten und dabei auch die Möglichkeit haben, ihre Präferenzen für eine oder mehrere Kitas abzugeben. In Verantwortung des Jugendamtes kann dann die Verteilung der Plätze unter Einbeziehung der Träger und unter Berücksichtigung der Elternwünsche koordiniert werden. Eine Rücksprache mit den Eltern wird nur dann erforderlich, wenn ein Platz in einer Wunsch-Kita nicht gewährleistet werden kann. Die Stadt Magdeburg muss ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Kinder ein Bildungsangebot von Kindereinrichtungen erhalten können. Dafür scheint es nach den Erfahrungen der letzten Jahre besser zu sein, wenn Eltern für ihre Anmeldung nur eine Anlaufstelle haben. Der Rechtsanspruch der Kinder auf einen Betreuungsplatz kann so für Eltern unkomplizierter gewährleistet werden. Der scheinbare Mehraufwand dürfte sich nicht nur für Eltern und Träger lohnen, sondern ermöglicht auch dem Jugendamt einen besseren Überblick über die Kita-Kapazitäten der Stadt und eine darauf aufbauende Planung.

Regina Frömert  
Fraktionsvorsitzende